Stadt
Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung vom:	Jugendhilfeausschuss	Niederschrift zur Sitzung
		21.01.2015

14. **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen

a) des/der Ausschussvorsitzenden

Die Ausschussvorsitzende Frau Schlüter (Bündnis 90/ GRÜNE) verwies auf die Internetseite des Landschaftsverbandes Rheinland www.Jugend.LVR.de, die unter anderem sehr viele Anregungen für Mitglieder von Jugendhilfeausschüssen enthält.

b) der Verwaltung

Die Verwaltung teilte mit, dass der Stadt Niederkassel aus dem Kinderbetreuungs-Finanzierungsprogramm des Bundes für die Jahre 2015 bis 2018 ein Betrag von 263.518.20€ zugewiesen wurde. Die Verteilung des Betrages wird derzeit durch die Verwaltung geprüft.

Die Verwaltung teilte weiterhin mit, dass die Jugendhilfeplanung sich aufgrund der KiBiZ-Reform verzögert habe. Textfragmente der einzelnen Beteiligten sind jedoch im Zulauf, so dass eine Verabschiedung des Jugendhilfeplanes im Laufe des Frühjahres erfolgen sollte.

Ferner teilte die Verwaltung mit, dass der Bauantrag für die Errichtung der Kita Käthe-Kollwitz-Str. in Kürze eingereicht wird. Die Baupläne sollen in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Für die weitere in Mondorf vorgesehene Einrichtung laufen die Vorplanungen. Der Gebäudekomplex soll zunächst als Kita genutzt werden und später eine Wohnnutzung ermöglichen.

Auf Anfrage teilte die Verwaltung außerdem mit, dass derzeit eine ortsgebundene U3 Versorgung nicht mehr möglich ist.

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Stadt
Niederkassel

a) Beantwortung von schriftlich vorgelegten Anfragen keine

b) Sonstige Anfragen

Frau Mutke (SPD) erkundigte sich nach der derzeitigen Zahl der Flüchtlingskinder im Stadtgebiet.

Die Verwaltung gab hierzu folgende Zahlen bekannt:

Flüchtlinge insgesamt	170 Personen
davon Familien	37
Alleinstehende Personen	46
Kinder bis 6 Jahre	27
Kinder 7 bis 13 Jahre	18
Kinder 14 bis 17 Jahre	8
unbegleitete Minderjährige	0

Frau Mutke (SPD) fragte an, ob der Verwaltung bekannt sei, dass sich eine Elterninitiative aus Eltern bilde, die mit den Öffnungszeiten der Städtischen Einrichtungen unzufrieden seien. Insbesondere Berufstätige seien nicht zufrieden.

Die Verwaltung erklärte, dass diesbezüglich nichts bekannt sei. Die Öffnungszeiten seien in allen städtischen Einrichtungnen von 7.00 bis 17.00Uhr gewährleistet.

Ausschussmitglied Beumers (Jugendamtselternbeirat) trug hierzu bei, dass dem Jugendamtselternbeirat eine Familie bekannt sei, die mit den Öffnungszeiten unzufrieden sei. Nach seiner Kenntnis herrsche volle Zufriedenheit bei den Einrichtungen der kirchlichen Träger.

Außerdem wollte Herr Beumer wissen, ob noch Hilfsbedarf für Flüchtlingskinder bestehe und wie dieser gedeckt werden kann.

Die Verwaltung verwies auf entsprechende Initiativen.

Diakon Klein teilte hierzu mit, dass jede Hilfe willkommen sei. Er verwies auf die bestehende evangelisch-ökumenische Initiative und dass von dort auch muslimische Mitbürger in adäquate Hilfsprojekte eingebunden werden. Wenig Reaktion zu diesem Thema habe er jedoch von den örtlichen Vereinen erfahren.